

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR FORSCHUNG  
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

GEISTESWISSENSCHAFTEN

35. Sitzung  
am 23. November 1955  
in Düsseldorf

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR FORSCHUNG  
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN  
GEISTESWISSENSCHAFTEN

HEFT 54

*Max Braubach*

Der Einmarsch deutscher Truppen  
in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936

Ein Beitrag zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges



SPRINGER FACHMEDIEN WIESBADEN GMBH

ISBN 978-3-663-06041-3 ISBN 978-3-663-06954-6 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-663-06954-6

Copyright 1956 by Springer Fachmedien Wiesbaden  
Ursprünglich erschienen bei Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1956

# Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936

Ein Beitrag zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges

Professor Dr. phil. *Max Braubach*, Bonn

Am 7. März 1936 rückten deutsche Truppenabteilungen in die rheinischen Gebiete im Westen des deutschen Reiches ein, die gemäß den Bestimmungen des Friedens von Versailles und auch gemäß den von Deutschland mit den Westmächten im Locarnovertrag von 1925 getroffenen Vereinbarungen entmilitarisiert sein sollten. Da weder sofort eine Gegenaktion erfolgte noch die in London zusammentretenden Delegierten der Signatarmächte von Locarno und des Völkerbundes über papierne Proteste und unerfüllt bleibende Forderungen hinausgelangten, war das in Deutschland fast allenthalben lebhaft begrüßte, aber auch in weiten Kreisen des Auslandes als unabwendbar hingenommene oder sogar gebilligte Ergebnis die tatsächliche Herstellung der vollen Souveränität des Reiches über sein gesamtes Territorium bis unmittelbar an die Grenzen Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und Hollands. Die Aufmerksamkeit der Welt wurde bald durch andere Ereignisse, durch die Auseinandersetzungen um Abessinien und um Spanien gefesselt, und was dann vollends seit Beginn des Jahres 1938 durch das Ausgreifen Hitlers gegen Osten geschah, mochte bei vielen Zeitgenossen jene Frühjahrsüberraschung von 1936 in Vergessenheit geraten lassen: war sie nicht ein belangloses Ereignis im Vergleich mit dem Anschluß Österreichs an das Reich, mit der Sudetenkrise und ihrer überraschenden Lösung in München, weiter dann mit der Zertrümmerung der Resttschechei und endlich der die Kriegskatastrophe auslösenden dramatischen Entwicklung des deutsch-polnischen Gegensatzes! Und doch haben kluge Beobachter schon damals und erst recht später gerade in jenen Vorgängen des März 1936 den entscheidenden Einschnitt für die verhängnisvolle Richtung erkennen wollen, die Europas Weg nahm. Man hat von dem Relais, der Station gesprochen, wo die Schicksalsreiter die Pferde wechselten <sup>1</sup>, von dem eigentlichen Wendepunkt in der Geschichte Europas zwischen den beiden Weltkriegen <sup>2</sup>,

<sup>1</sup> Vgl. *L. B. Namier*, *Europe in Decay, A Study in Disintegration 1936–1940*, 1950, S. 10.

<sup>2</sup> *L. Noël*, *Une Ambassade à Varsovie 1935–1939, L'Aggression Allemande contre la Pologne*, 1946, S. 135.

von dem grundlegenden Umschwung in den Machtverhältnissen und der politischen Entwicklung, mit dem die Möglichkeit einer wirklichen Verständigung verschüttet und nur noch die Wahl zwischen der Anerkennung der Hegemonie Hitler-Deutschlands und dem Krieg gegeben war<sup>3</sup>. Wenn man von außerdeutscher Seite vor allem darauf hingewiesen hat, daß damals seitens der Westmächte die letzte Gelegenheit versäumt worden sei, den deutschen Aufstiegs- und Expansionsplänen ohne ernstliche kriegerische Auseinandersetzung Einhalt zu gebieten und so die Politik des Rechtsbruchs und der brutalen Gewalt gewissermaßen im Keime zu ersticken<sup>4</sup>, so haben Weggenossen Hitlers die Behauptung aufgestellt, daß der leichte Erfolg eines von vielen seiner Mitarbeiter widerratenen Unternehmens, um dessen Ausgang er selbst zeitweise in Zweifel und Angst bangte, in ihm erst die Hybris des auf seine Intuition und sein Glück vertrauenden Abenteurers zum Durchbruch gebracht habe, der ihn zum politischen Desperado und zum Würfelspieler in der Völkerpolitik machte<sup>5</sup>.

Es ist für den Historiker nicht leicht, zu diesen Thesen Stellung zu nehmen, denn schon bei dem Versuch, durch eine Klarlegung der Vorgänge, der Entschlüsse, die damals gefaßt wurden, und ihrer Auswirkung, die Grundlage für ihre Beurteilung zu schaffen, stößt er auf nicht geringe Schwierigkeiten. Die großen Quellenpublikationen zur Außenpolitik der großen Mächte zwischen den beiden Weltkriegen enthalten durchweg das Material der Jahre 1935/36 noch nicht, man ist also im Wesentlichen auf die bei Gelegenheit der Nürnberger Nachkriegsprozesse bekannt gewordenen Akten oder Niederschriften und auf die späteren Aussagen und Mitteilungen mehr oder weniger beteiligter und mehr oder weniger zuverlässiger Mitspieler und Beobachter angewiesen. Immerhin wird man sagen können, daß

<sup>3</sup> *H. L. Roberts* in *G. A. Craig and F. Gilbert, The Diplomats 1919–1939*, 1953, S. 596.

<sup>4</sup> *W. S. Churchill, Der zweite Weltkrieg, I, Der Sturm zieht auf*, 1949, S. 242. Nach *W. Frhr. v. Rheinbaben, Viermal Deutschland, Aus dem Erleben eines Seemanns, Diplomaten, Politikers 1895–1954*, 1954, S. 346, „bedeutete das schwächliche Verhalten Frankreichs und Englands bei der unzweifelhaften Vertragsverletzung durch Hitlers Einmarsch ins Rheinland die entscheidende Ermutigung zum Kriege“. Siehe auch das Urteil des Schweizer Historikers *L. v. Muralt, Bismarcks Verantwortlichkeit*, 1955, S. 123/24: „Als 1936 Hitler die Rheinlande besetzte und damit die Locarno-Verträge flagrant verletzte, durften sich die westlichen Großmächte eigentlich so etwas nicht gefallen lassen. Indem sie es zuließen, erfüllten sie die verantwortliche Pflicht nicht, die sie im Gesamtbereich des Zusammenlebens der Mächte hätten erfüllen sollen. Ein rascher Gegenangriff hätte vielleicht eine größere Katastrophe verhindert.“

<sup>5</sup> *O. Meissner, Staatssekretär unter Ebert–Hindenburg–Hitler, Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918–1945, wie ich ihn erlebte*, 1950, S. 413; *O. Dietrich, Zwölf Jahre mit Hitler*, 1955, S. 44.

für die Reaktion, die durch die überraschende deutsche Aktion in den Hauptstädten der Westmächte ausgelöst wurde, für die Beratungen, Absichten und Maßnahmen in Paris und London, doch eine solche Fülle von Äußerungen und Erklärungen vorliegt, daß man ein verhältnismäßig klares Bild der zu dem tatsächlichen Nichthandeln führenden Motive und Zusammenhänge gewinnen dürfte<sup>6</sup>. Das gleiche gilt aber keineswegs für die deutsche Seite; hier bedarf es sorgfältiger kritischer Analyse und Untersuchung des sehr lückenhaften bis heute vorliegenden Quellenmaterials, um zu einer einigermaßen gesicherten Feststellung auch nur des zeitlichen Gangs der Dinge zu gelangen<sup>7</sup>.

## I

Als unzweifelhaft kann man auch ohne eindeutigen Quellenbeleg annehmen, daß in Hitlers außenpolitischem Programm von vornherein die baldmögliche Annullierung der Artikel des Versailler Vertrags und der entsprechenden Festsetzungen von Locarno über die Entmilitarisierung der deutschen Grenzlande im Westen vorgesehen war<sup>8</sup>. Die Frage war für ihn nur, wann Deutschland genügend erstarbt war und die allgemeine politische Lage sich so günstig gestaltet hatte, daß er entsprechende Forderungen mit Aussicht auf Erfolg stellen oder Maßnahmen zur Erreichung der Absicht durchführen konnte. Für die Erstarkung Deutschlands war eine wichtige

<sup>6</sup> Neben den Memoiren von *Flandin, Paul-Boncour, François-Poncet, Noël, Gamelin* sind vor allem Bericht und Protokolle des Untersuchungsausschusses der französischen Nationalversammlung heranzuziehen: *Assemblée Nationale, Session de 1947, Rapport fait au Nom de la Commission chargée d'enquêter sur les événements survenues en France de 1933 à 1945, I u. II* (i. f. zitiert unter *Rapport*). Siehe dazu *P. Dhers, Du 7 mars 1936 à l'Île d'Yeu (Notes sur quelques travaux de la Commission parlementaire d'Enquête), Revue d'Histoire de la deuxième Guerre mondiale, II, 1952, S. 17–20.*

<sup>7</sup> In den bisher vorliegenden Darstellungen zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges werden die Vorgänge des März 1936 meist nur kurz dargestellt: *E. Kordt, Wahn und Wirklichkeit, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, 1947, S. 74–79; H. Holldack, Was wirklich geschah, Die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik, S. 27–30; M. Baumont, La Faillite de la Paix (1918–1939), Peuples et Civilisations, Histoire Générale, XX, 1946, S. 680–682; W. P. Potjomkin, Geschichte der Diplomatie, III, Die Diplomatie in der Periode der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1919–1939), 1947, S. 638–647; G. Salvemini, Prelude to World War II, 1953, S. 432–438; A. Bullock, Hitler, Eine Studie über Tyrannei, 1953, S. 340–346. Siehe auch *M. Toscano, Origini e Vicende Diplomatiche della seconda Guerra Mondiale, Comitato Internazionale di Scienze Storiche, X Congresso Internazionale di Scienze Storiche, Roma 4–11 Settembre 1955, Relazioni, Vol. V, Storia Contemporanea, S. 28.**

<sup>8</sup> Art. 42–44 des Versailler Vertrags, Artikel 2 des Vertrags von Locarno.

erste Grundlage im März 1935 durch die überraschend erfolgte Verkündigung der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht geschaffen worden; seitdem war die schon vorher eingeleitete Aufrüstung, die Umwandlung der Reichswehr in eine starke Wehrmacht, in vollem Gang<sup>9</sup>. Immerhin mußte es längere Zeit dauern, bis in Deutschland ein Rüstungsstand erreicht war, bei dem man sich mit den Streitkräften der Nachbarn, vor allem Frankreichs, messen konnte. Und jene erste offene Verletzung der Bestimmungen von Versailles war zwar von den Siegermächten von einst nicht geahndet worden, hatte aber zur Bildung der sogenannten Stresafront aus Frankreich, England und Italien gegen das Dritte Reich und damit für dieses zu einer gefährlichen Isolierung geführt<sup>10</sup>. Auch beschwichtigende Erklärungen Hitlers, daß es ihm nur auf die Beseitigung unwürdiger, durch das Versailler Diktat dem deutschen Volke auferlegten Fesseln ankomme, er aber entschlossen sei, vom Reich freiwillig übernommene Verpflichtungen zu beachten, m. a. W. sich an den Locarnovertrag zu halten, waren nicht imstande, das durch sein Vorgehen allgemein erweckte Mißtrauen zu bannen<sup>11</sup>. Doch aus anderen Gründen trat seit dem Sommer 1935 eine ganz erhebliche Verbesserung der internationalen Situation für Deutschland ein. Daß die englische Regierung sich bereitfand, um der Begrenzung der deutschen Seeaufrüstung willen ein Flottenabkommen mit dem eben noch wegen der Einführung der Wehrpflicht vom Völkerbund verurteilten Hitler zu schließen, bedeutete eine Auflockerung der Gemeinschaft von Stresa<sup>12</sup>, die dann aber vor allem durch den am 5. Oktober beginnenden Angriff Mussolinis auf Abessinien zerrissen wurde. Die von England dirigierte Sanktionspolitik gegen Italien ließ den darüber höchst ergrimmteten Duce, der noch

<sup>9</sup> Zur deutschen Aufrüstung siehe *G. Castellan*, *Le Réarmement clandestin du Reich 1930–1935*, vu par le 2<sup>e</sup> Bureau de l'Etat-Major Français, 1954; *B. Mueller-Hillebrand*, *Das Heer 1933–1945, Entwicklung des organisatorischen Aufbaues*, I, *Das Heer bis zum Kriegsbeginn*, 1954.

<sup>10</sup> Zu Stresa siehe *P.-E. Flandin*, *Politique Française 1919–1940*, 1947, S. 171–176; *H. Lagardelle*, *Mission à Rome, Mussolini*, 1955, S. 122–127.

<sup>11</sup> Rede Hitlers vom 21. Mai 1935. Vgl. *A. J. Toynbee*, *Survey of International Affairs 1935*, I, 1936, S. 169–174.

<sup>12</sup> Siehe die Darstellung und Rechtfertigung des deutsch-englischen Flottenpakts bei *S. Hoare* (Viscount Templewood), *Neun bewegte Jahre, Englands Weg nach München*, 1955, S. 124–135. Auf England mag übrigens die Besorgnis eingewirkt haben, daß sich aus der zu Beginn des Jahres erfolgten Annäherung zwischen Frankreich und Italien und dem inzwischen erfolgten Abschluß des französisch-russischen Paktes eine für Englands Einfluß nachteilige Entwicklung auf dem Kontinent ergeben könnte. Vgl. *U. Eichstädt*, *Von Dollfuß zu Hitler, Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933–1938*, 1955, S. 85. Siehe auch unten Anm. 79.

aus Anlaß des nationalsozialistischen Putschversuchs in Österreich im Juli 1934 eine drohende Haltung gegen das Reich eingenommen hatte, eine Annäherung an den anderen Diktator in Europa in Erwägung ziehen, während zugleich der Druck, der durch die Einigkeit des Westens bisher auf Deutschland gelastet hatte, auch durch Zerwürfnisse zwischen London und Paris über die gegenüber Italien zu treffenden Maßnahmen gelockert wurde<sup>13</sup>. Wenn Hitler im Osten durch den schon im Januar 1934 mit Polen abgeschlossenen Nichtangriffspakt ein nicht unfreundliches Verhältnis zu dem nächsten Nachbarn des Reichs hergestellt hatte, so war es freilich doch fraglich, ob bei einem Konflikt im Westen die polnische Regierung sich nicht an ihr altes Bündnis mit Frankreich halten werde. Zudem stand jener Auflösung der Stresafront eine nach der deutschen Wehrpflichtankündigung zu einem vorläufigen Abschluß gebrachte engere Verständigung zwischen Frankreich und der Sowjetunion gegenüber; im Mai 1935 war zwischen beiden ein Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung unterzeichnet worden, der durch eine Abmachung Rußlands mit der Frankreich verbündeten Tschechoslowakei ergänzt wurde<sup>14</sup>. Immerhin gab es nicht nur in England, sondern auch in Frankreich selbst einflußreiche Kreise, die diese Bindung an das bolschewistische Rußland mißbilligten; eine Vorlage des Vertrags an die Volksvertretung in Paris zur Ratifikation fand zunächst nicht statt, und so mochte man in Berlin hoffen, daß dies Blatt Papier keine Rechtskraft erhalten werde. Im ganzen konnte man wohl zu dem Schluß kommen, daß die internationale Lage sich in einer Bewegung befand, die dem Dritten Reich einige Chancen bot, und man konnte weiter in Rechnung stellen, daß im Westen, vor allem in England, angesichts des Konflikts mit Italien und der durch das Anwachsen einer Volksfrontbewegung in Spanien bestärkten Besorgnis vor einem Vordringen des Bolschewismus die Neigung zu einer Verständigung mit Hitler im Ansteigen war. Trotzdem mußte es als fraglich, ja unwahrscheinlich gelten, daß eine Forderung auf die Beseitigung der Entmilitarisierungsbestimmungen für die rheinischen Lande Aussicht auf Annahme durch die Vertragspartner von Locarno hatte. Wenn Frankreich in ihnen eine wichtige Grundlage für die eigene Sicherung sah, so mußten rechtliche und politische Überlegungen die übrigen Signatarmächte und den Völkerbund an dessen Seite führen.

<sup>13</sup> Hoare S. 136–160; Lagardelle S. 135–171; A. Mallet, Pierre Laval, I, Des Années obscures à la Disgrâce du 13 Décembre 1940, S. 96–112.

<sup>14</sup> Vgl. P. Reynaud, Au Coeur de la Mêlée 1930–1945, 1951, S. 71–81; Mallet I, S. 82–89.



Wir wissen nicht, ob Hitler jemals daran gedacht hat, die Aufhebung jener Bestimmungen von Versailles und Locarno auf diplomatischem Wege, durch Vorstellungen und Verhandlungen, zu erreichen. Wahrscheinlich ist er von vornherein der Überzeugung gewesen, daß er so den zu erwartenden Widerspruch niemals überwinden werde, und so hat er wohl schon früh ein *fait accompli*, die Annullierung durch die Tat, ins Auge gefaßt, wobei er mit der Wirkung der dadurch hervorgerufenen Verwirrung rechnete. Daß er diesen Coup seit dem Frühjahr 1935 planmäßig vorbereitet habe, ist von der Anklagebehörde in dem Nürnberger Hauptprozeß gegen seine Paladine unter Berufung auf einen Geheimbefehl des Reichswehrministers Blomberg vom 2. Mai 1935 und auf den Bericht über eine Sitzung eines Arbeitsausschusses des Reichsverteidigungsrates vom 26. Juni 1935 behauptet worden, doch in beiden Dokumenten ist, wie einwandfrei nachgewiesen werden kann, von etwas ganz anderem die Rede<sup>15</sup>. Auch daß nach den nach Paris weitergegebenen Beobachtungen des französischen Generalkonsuls in Köln Dobler im Laufe des Jahres 1935 in der entmilitarisierten Zone Vorbereitungen für eine künftige Unterbringung von Truppen getroffen und in Versammlungen und Presseäußerungen von der Notwendigkeit der Herstellung voller Souveränität für Deutschland gesprochen wurde, wird man nicht als Beweis für feste Absichten Hitlers ansehen; natürlich hat man innerhalb der deutschen Heeresleitung die erwünschte Möglichkeit einer baldigen Lösung der Rheinlandfrage schon in Betracht gezogen und für diesen Fall Vorkehrungen eingeleitet, und daß diese Lösung einmal kommen würde, davon war man in breiten Kreisen des deutschen Volkes überzeugt, wie dies denn auch der damalige Kölner Regierungspräsident Diels gegenüber Dobler ganz offen zum Ausdruck brachte<sup>16</sup>. Daß aber gerade auch in den Behörden, von denen jene vorbereitenden Maßnahmen ausgingen, nicht an eine plötzliche Aktion gedacht wurde, zeigt eine Äußerung des Generals von Reichenau in der erwähnten Ausschusssitzung des Reichsverteidigungsrates, daß Frankreich nur auf den Augenblick warte, wo Deutschland einen neuen Schritt gegen die Verträge tue, um seinerseits mobilzumachen, alles aber daran liege, keine derartigen Tatsachen zu schaffen, um die Zeit für Deutschland wirken zu lassen. Und es ist kein Grund vorhanden, an der Aufrichtigkeit der übereinstimmenden Aussagen von Mitgliedern der Re-

<sup>15</sup> Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946, 1947/49 (i. F. abgek. *IMT*), II, S. 261, 379–383, V, S. 38, IX, S. 113, 560–562, XXXVI, S. 410–437.

<sup>16</sup> *Rapport II*, S. 469–481.

gierung, des Auswärtigen Amtes und des Heeres zu zweifeln, daß Hitler mit dem Entschluß zum Einmarsch in das Rheinland ganz überraschend erst kurze Zeit vor seiner Durchführung hervorgetreten ist<sup>17</sup> – von dem genauen Termin wird gleich noch die Rede sein. Wenn so die Versicherung Görings in Nürnberg, die Aktion sei nicht von langer Hand vorbereitet worden, wohl zutrifft, so wird man dagegen seiner und anderer Vertrauter Hitlers Behauptung, daß es ein Vertragsbruch der Gegenseite war, der ihn zum Handeln bestimmte, daß also die offizielle Version, mit der dann vor der Welt dies Handeln gerechtfertigt wurde, richtig war, nicht ohne weiteres für glaubwürdig halten können. In dem französisch-russischen Pakt vom Mai 1935, so erklärte man schon unmittelbar nach dessen Bekanntwerden, liege eine Verletzung der von Frankreich in Locarno übernommenen Verpflichtungen vor. Es soll hier nicht untersucht werden, ob diese Behauptung begründet war, denn auch, wenn sie zutrifft, war damit ein einseitiges Abgehen Deutschlands von seinen Verpflichtungen ohne Zustimmung der Signatarmächte von Locarno völkerrechtlich kaum erlaubt. Sicher war jener Pakt Hitler unangenehm, und er mußte wünschen, daß er nicht rechtskräftig wurde. Aber man gewinnt doch den Eindruck, daß er ihm schließlich zu einem willkommenen Vorwand wurde, um das für früher oder später geplante Unternehmen durchzuführen. So ist es möglich, daß die Vorgänge um den Pakt den Zeitpunkt der Aktion bestimmt haben, daß sie in ihm angesichts der sich ihm hier bietenden Handhabe, die Schuld an dem Bruch von Locarno der anderen Seite zuzuschieben, aus dem Plan den Entschluß, jetzt und so vorzugehen, werden ließen. Noch konnte er angesichts der damals für Deutschland sehr ungünstigen Lage daran nicht denken, als er dem feierlichen Bekenntnis zu den von Deutschland freiwillig übernommenen Verpflichtungen in seiner Rede vom 21. Mai 1935 die Bedingung beifügte, daß auch die anderen die betreffenden Verträge einhielten, und eine unmittelbar darauf erfolgende Erklärung der Reichsregierung die Unvereinbarkeit des soeben unterzeichneten Abkommens zwischen Frankreich und der Sowjetunion mit Locarno behauptete<sup>18</sup>. Aber dann fiel die schon geschilderte Verbesserung der deutschen Stellung in Europa zusammen mit den erst nach langem Zögern unternommenen Schritten Frankreichs, dem russischen

<sup>17</sup> Aussagen Görings, Neuraths, Paul Schmidts und Jodls in Nürnberg: *IMT IX*, S. 321/22, 560, X, S. 247, XV, S. 386, XVI, S. 684. Siehe auch *J. v. Ribbentrop*, Zwischen London und Moskau, Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen, 1953, S. 78; *Dietrich* S. 44.

<sup>18</sup> Note der Reichsregierung an die Signatarmächte des Locarnovertrags vom 25. Mai 1935. *Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten*, III, 1935/36, hrsg. v. *W. Frauen-dienst*, 3 1944, S. 296–299.

Pakt durch Herbeiführung der Ratifikation seitens der Volksvertretung wirkliche Geltung zu verschaffen. Am 16. Januar 1936 hat noch die Regierung Laval seine Vorlage an die Kammer angekündigt, sie ist dann durch die neue Regierung Sarraut am 11. Februar erfolgt. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß Hitler sich erst daraufhin entschlossen hat, die Ratifikation mit dem überraschenden Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone zu beantworten<sup>19</sup>.

Läßt sich der Zeitpunkt dieses Entschlusses genauer bestimmen? Ganz allgemein haben die Angeklagten in Nürnberg von einem jener plötzlichen Entschlüsse Hitlers gesprochen, die innerhalb weniger Tage ausgeführt werden sollten, und der General Jodl, der selbst von der Absicht erst am 1. oder 2. März erfahren haben will, glaubte daraus die Folgerung ziehen zu können, daß früher auch keine Entscheidung beim Führer selbst gefallen war. Göring erinnerte sich an einen Zeitraum von immerhin zwei bis drei Wochen zwischen Beschluß und Ausführung, und ebenso wollten Angehörige des Auswärtigen Amtes wie der Dolmetscher Paul Schmidt etwa zwei bis drei Wochen vor dem Einmarsch von dem Vorhaben gehört haben. Wir dürfen indessen auf Grund der Angaben des damaligen Wehrmachtadjutanten Hitlers, des Oberst Hoßbach, den Termin noch weiter vorrücken, nämlich auf den Anfang des Monats Februar 1936, denn Hoßbach ist die Absicht während des Aufenthalts in Bayern aus Anlaß der Winter-Olympiade in Garmisch-Partenkirchen bekanntgeworden, die am 6. Februar in Anwesenheit Hitlers eröffnet worden war und bis zum 15. Februar dauerte<sup>20</sup>. Schon

<sup>19</sup> Was *F. Hesse*, *Das Spiel um Deutschland*, 1953, S. 52–57, über die Motive und Ziele von Hitlers Entschluß berichtet, ist unwahrscheinlich. Auf der einen Seite behauptet er, daß Hitler über die Aktion seit einem Jahre unaufhörlich mit seinen außenpolitischen Beratern diskutiert habe, wofür uns sonst kein Beleg vorliegt. Dann aber soll ihn der Glaube, daß wegen Abessinians ein großer Konflikt zwischen den Westmächten bevorstehe, bewogen haben, „Sicherungsmaßnahmen zur Verteidigung des Reiches“ zu ergreifen. Wenn die Rede davon ist, daß ein Brief Mussolinis ihn dazu ermuntert habe, so wird weiter als letzter Anstoß für sein Vorgehen der ihm durch die „Schwartzhaftigkeit“ der Italiener bekanntwerdende Inhalt von Verhandlungen zwischen den Westmächten in Genf und London im Januar und Februar 1936 bezeichnet, wonach England gegen Zugeständnisse in der Sanktionsfrage sich bereitzeigt habe, ein Abkommen gegen eine etwaige Besetzung des Rheinlandes durch Hitler zu treffen; er habe darauf geglaubt, schleunigst handeln zu müssen, ehe diese Abmachung perfekt würde. Siehe zur Unzuverlässigkeit der Erzählungen von *Hesse* *H. Krausnick*, *Legenden um Hitlers Außenpolitik*, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, II, 1954, S. 217–239. *M. Braubach*, *Neue Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte*, Historisches Jahrbuch 75, 1956, S. 233–236.

<sup>20</sup> *F. Hoßbach*, *Zwischen Wehrmacht und Hitler 1924–1938*, 1949, S. 97. – Zur Winterolympiade vgl. *G. Rühle*, *Das Dritte Reich*, Dokumentarische Darstellung des Aufbaues

als Hitler seinen Aufenthalt in Bayern unterbrach, um am 12. Februar an den Beisetzungsfeierlichkeiten für den ermordeten Landesgruppenleiter Gustloff in Schwerin teilzunehmen, stand nach Hoßbachs Mitteilungen der Beschluß zur Inangriffnahme der Aktion fest, von dem während eines kurzen Erscheinens des Führers in Berlin auf der Rückfahrt noch am gleichen 12. Februar einige Persönlichkeiten wie der Chef der Heeresleitung, General v. Fritsch, und nach dem Wiedereintreffen in Bayern weitere, darunter der Reichswehrminister Blomberg, unterrichtet wurden. Aus den etwas verworrenen rückblickenden Aufzeichnungen Ribbentrops im Nürnberger Gefängnis, nach denen er aus dem Hotel Vier Jahreszeiten in München mit Hitler über den Gedanken telephonierte, gleichzeitig mit dem Einmarsch die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund anzubieten, läßt sich wenigstens schließen, daß damals, entweder vor oder nach der Schwerinreise, der *modus procedendi* zur Debatte stand<sup>21</sup>. Wenn wir dann durch Erich Kordt erfahren, daß Ribbentrop nach seiner Rückkehr nach Berlin am 15. Februar die Herren seines außenpolitischen Sonderamtes mit Fragen über Locarno und den Völkerbund überschüttete<sup>22</sup>, so hat nach Hoßbach Hitler noch in München selbst außenpolitische Vorbereitungen getroffen, indem er auf dem Luftwege den Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, kommen ließ und nach einer ihn sehr befriedigenden Unterredung in seiner Privatwohnung am 14. Februar sofort wieder zurücksandte, offenbar um Mussolini seine Bereitschaft zur Unterstützung in der Abessinienfrage mitzuteilen<sup>23</sup>. Wohl unmittelbar nach der Rückkehr aus München ist auch der damalige Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat Dr. Forster, nach Berlin beordert worden, wo er von Hitler in Gegenwart Neuraths, Ribbentrops und Blombergs empfangen, ihm der Plan unter dem Siegel tiefster Verschwiegenheit enthüllt und er zu einem eingehenden Bericht über die innenpolitische Lage in Frankreich

der Nation, Das vierte Jahr 1936, 1937, S. 181; *Schulthess'* Europäischer Geschichtskalender 77, NF. 52, 1937, S. 22/23, 577.

<sup>21</sup> v. Ribbentrop S. 80.

<sup>22</sup> E. Kordt, Nicht aus den Akten . . ., Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg, Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928–1945, 1950, S. 129.

<sup>23</sup> Hoßbach a. a. O. – A. J. Toynbee, Survey of International Affairs 1936, 1937, S. 259, 577, berichtet von mehreren Reisen Hassells zwischen Deutschland und Italien im Laufe des Februar, in denen er ein deutliches Zeichen der Annäherung der beiden Länder sieht. Nach seinen Angaben ist Hassell nach einer Unterredung mit Mussolini am 18. von Rom wieder nach Berlin gefahren, um nach seiner Rückkehr am 24. wieder von Mussolini empfangen zu werden. Nach Lagardelle, S. 229, wäre Mussolini jedoch von der Absicht des deutschen Einmarsches in die Rheinlande nicht unterrichtet worden.

und die von dort zu erwartende Reaktion veranlaßt wurde<sup>23a</sup>. Soviel dürfte aus all dem geschlossen werden, daß Hitler jedenfalls schon vor dem 11. Februar, dem Tage der Vorlage des russischen Pakts in der französischen Kammer, sich intensiv mit dem Einmarsch in die entmilitarisierte Zone beschäftigt hat und daß er spätestens unmittelbar danach die ersten Schritte zur Durchführung tat.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es Hitler allein war, auf den der Entschluß, die ganze Frage durch einen Gewaltakt zu lösen, zurückging. Schon in jenem Stadium der Entwicklung der Diktatur wäre es für seine Berater kaum möglich gewesen, ihm in den Arm zu fallen. Aber wäre dazu in diesem Falle überhaupt der Wille oder Wunsch vorhanden gewesen? Bei den nationalsozialistischen Parteigenossen, die sein Vertrauen besaßen und wichtige Posten des Regierungsapparats einnahmen, fand er rückhaltlose Zustimmung; Männer wie Göring und Goebbels haben ihn sicher eher ermutigt als gewarnt<sup>24</sup>, und Ribbentrop hat noch im Nürnberger Gefängnis bekundet, den Führer dahin beraten zu haben, daß man sich in England mit der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit im Rheinland abfinden werde<sup>25</sup>. Wie aber stand es mit dem Auswärtigen Amt und der Wehrmacht- bzw. Heeresleitung, die damals doch noch keineswegs als völlig gleichgeschaltet gelten konnten? Die sorgenvolle, ja ablehnende Stimmung, mit der man hier wie dort dem Plan gegenüberstand und die eigene Verantwortung abzulehnen suchte, wird uns in halb scherz-, halb ernsthaften Bemerkungen deutlich, mit denen nach Angaben des Finanzministers Schwerin-Krosigk in dessen Anwesenheit der Generalstabschef Beck und der Staatssekretär im

<sup>23a</sup> Freundliche Mitteilung von Gesandten a. D. Dr. *Dirk Forster*, Deisenhofen bei München. Danach empfing Hitler ihn mit den Worten, daß es ihm den Kopf kosten würde, wenn er nicht unbedingtes Stillschweigen bewahre, und stellte dann viele in Einzelheiten gehende Fragen nach den politischen Verhältnissen in Frankreich. Forster hat die Frage, ob er angesichts der von ihm geschilderten Schwäche der nur als Notlösung bis zu den Neuwahlen im Frühjahr geltenden Regierung Sarraut einen Erfolg des geplanten Unternehmens garantieren könne, entschieden verneint, da für die französische öffentliche Meinung die Entmilitarisierungsbestimmungen das Kernstück des Verhältnisses zu Deutschland seien, worauf Hitler immer gereizter und sarkastischer wurde. – Forster war seit dem Tode des Botschafters Köster Ende 1935 Geschäftsträger in Paris und blieb es bis zum Dienstantritt des neuen Botschafters Grafen Welczek im Mai 1936.

<sup>24</sup> Vgl. die Bemerkung bei *Töynbee*, *Survey* 1936, S. 258: "The project was said to have been supported by General Göring and Dr. Goebbels and to have been strongly opposed on economic and political grounds by Dr. Schacht and by Herr von Neurath, and on military grounds by General von Blomberg." Hinsichtlich Neuraths traf dieses Gerücht kaum zu.

<sup>25</sup> v. *Ribbentrop* S. 78.

Außenamt Bülow dann den vollzogenen Einmarsch kommentierten; der vorwurfsvollen Frage des Soldaten „Was macht Ihr für Sachen!“ begegnete der Diplomat mit der Gegenfrage „Sind wir in das Rheinland einmarschiert oder Ihr?“<sup>26</sup>. Dabei ist nun freilich festzustellen, daß man in der Zielsetzung mit Hitler auch in der Wilhelm- und in der Bendlerstraße übereinstimmte und nur die Methode Bedenken erregte, und daß diese Bedenken nicht aus der Rechtssphäre stammten, sondern ihren Grund in der Angst vor Gegenmaßnahmen hatten, denen gegenüber man Deutschlands Widerstandskraft noch keineswegs für ausreichend hielt. Zudem bestand aber auch hinsichtlich der Verwerfung der Methode in diesen Kreisen keine Einigkeit. Zwar hat z. B. Botschaftsrat Forster in jener Unterredung mit Hitler vor einer gewaltsamen Remilitarisierung gewarnt, da Frankreich ein Ultimatum stellen und die überlegene Macht des halbmobilen Deckungsheeres (Armée de couverture) einsetzen, jedenfalls aber mit dem geplanten Coup eine Verständigung mit dem Westen unmöglich gemacht werde. Dagegen hat gerade der maßgebende Mann des Auswärtigen Amts, der einzige, der außer Ribbentrop unmittelbaren Zutritt zu Hitler hatte und von diesem, wenn auch wohl verhältnismäßig spät, zu Rate gezogen worden war, der Reichsaußenminister v. Neurath, der sicherlich früher und später oft versucht hat, zu mäßigen und zu bremsen, in diesem Fall anscheinend eher zugeredet als abgeraten. Nach seinen eigenen Aussagen und denen seiner Mitarbeiter hat er einmal der These von dem Bruch des Locarnovertages durch den französisch-russischen Pakt und von dem daraus für Deutschland sich ergebenden Recht zur Wiederherstellung der vollen deutschen Wehrhoheit entschieden zugestimmt und war er weiter von der Unausweichlichkeit dieser, wie er es bezeichnete, dynamischen Entwicklung und davon überzeugt, daß ein bewaffnetes Einschreiten der Westmächte nicht erfolgen werde<sup>27</sup>. Dem hat dann auch, wie wir noch sehen werden, sein Verhalten während der Aktion entsprochen. Weit bedenklicher sind offenbar die Soldaten gewesen. Von Fritsch bekundet Hoßbach, daß er vom Standpunkt der Landesverteidigung die Einbeziehung der Rheinlande in die Militärhoheit als Notwendigkeit ansah und daher Hitlers Absichten nicht grundsätzlich ablehnte, dabei aber auf das Risiko eines Krieges hinwies, das nicht eingegangen werden dürfe<sup>28</sup>.

<sup>26</sup> *L. Graf Schwerin v. Krosigk*, Es geschah in Deutschland, Menschenbilder unseres Jahrhunderts, 1951, S. 310.

<sup>27</sup> Siehe die Aussagen Neuraths in Nürnberg, *IMT* XVI, S. 684/85; ebenda die Äußerungen Schmidts und Dieckhoffs: X, S. 247/48, XVII, S. 50/51, 140.

<sup>28</sup> *Hoßbach* S. 97. Siehe auch die Aussage Mansteins in Nürnberg, *IMT* XX, S. 657: „Ich weiß, daß sich damals der Reichskriegsminister und der Generaloberst von Fritsch

Blomberg war sicher derselben Meinung, und wenn dieser ganz auf Hitler eingeschworene Mann es auch kaum gewagt haben wird, Warnungen in scharfer Form auszusprechen, so zeigt doch der ungewöhnlich hohe Grad von Nervosität, den man bei ihm in jenen Wochen bemerkte, wie unbehaglich und unsicher er sich fühlte<sup>29</sup>. Hinsichtlich der Offiziere in der Bendlerstraße hat Jodl bekundet, daß es ihnen so unheimlich zumute war wie dem Spieler, der sein ganzes Vermögen im Roulette auf rot oder schwarz setzt<sup>30</sup>. Wenn der damalige Chef der Operationsabteilung Manstein ganz allgemein betont, daß die Besetzung von militärischer Seite jedenfalls nicht gefordert worden sei<sup>31</sup>, so scheint der Ton eines Schreibens, das nach den Ereignissen ein anderes einflußreiches Mitglied des Generalstabs, Heinrich von Stülpnagel, an den mit ihm befreundeten Militärattaché in London Geyr von Schweppenburg richtete, doch darüber hinaus eine Mißbilligung anzuzeigen, die dem ganzen Régime galt, das auch hier wieder seine Unbedenklichkeit und damit Gefährlichkeit für Deutschland enthüllt hatte: „Ich ahnte“, so lesen wir da, „natürlich nichts von dem, was geschehen ist, bis ich in allerletzter Minute unterrichtet wurde. Aber ich fühlte seit Wochen, daß etwas in der Luft läge, was wir Soldaten nicht erfahren sollten“<sup>32</sup>.

Wie sich auch aus diesem Brief ergibt, ist es zunächst nur ein ganz kleiner Kreis gewesen, der in den Plan eingeweiht wurde. Gerade in der völligen Überraschung der Welt sah Hitler nicht mit Unrecht eine wesentliche Vorbedingung für den Erfolg, deshalb galt es für Geheimhaltung zu sorgen und die Bewegungen erst im letzten Augenblick anlaufen zu lassen, mochten sich daraus auch Schwierigkeiten bei dem Vollzug ergeben<sup>32a</sup>. Von vornherein

insofern bedenklich geäußert haben, als sie Hitler vor einer solchen einseitigen Lösung dieser Frage gewarnt haben“. Vgl. ferner die Tagebucheintragung des amerikanischen Journalisten Shirer unter dem 8. März: „Apparently Fritsch (commander-in-chief of the Reichswehr) and most of the generals opposed the move, but Blomberg, who has a blind faith in the Führer and his judgment, talked them into it. It may be that Fritsch, who loves neither Hitler nor the Nazi regime, consented to go along on the theory that if the coup failed, that would be the end of Hitler; if it succeeded, then one of his main military problems was solved“; *W. L. Shirer, Berlin Diary, The Journal of a Foreign Correspondent 1934–1941, 1943, S. 45.*

<sup>29</sup> Vgl. *Shirer* S. 42, 44.

<sup>30</sup> *IMT XV, S. 386.*

<sup>31</sup> *IMT XX, S. 657.*

<sup>32</sup> *Frhr. Geyr von Schweppenburg, Erinnerungen eines Militärattachés, London 1933–1937, 1949, S. 80.*

<sup>32a</sup> Während, wie wir sahen, der deutsche Geschäftsträger in Paris unterrichtet war, scheint der Botschafter in London v. Hoesch nicht eingeweiht worden zu sein. Vgl. *Geyr v. Schweppenburg ebenda.*

bestand wohl die Absicht, die Verwirrung auf der Gegenseite dadurch zu verstärken, daß der Schlag – genauso wie die Verkündung der Wehrpflicht im Vorjahr – an einem Samstag erfolgte, an dem angesichts der üblichen Wochenendruhe in den meisten politischen Zentren, vor allem in Staaten mit demokratisch-parlamentarischer Verfassung, die führenden Männer sich zerstreut hatten und es Mühe machte, sie wieder herbeizuholen, so daß zum mindesten über den Sonntag Zeit gewonnen war<sup>33</sup>. Im übrigen hing der Termin von dem Eintreten des vorgesehenen Rechtfertigungsgrundes, der Ratifikation des Russenpaktes durch die Abgeordnetenkammer in Paris, ab. Wieder läßt es sich nicht beweisen, daß das am 21. Februar veröffentlichte deutsche Kommuniqué, das erneut die Unvereinbarkeit des Paktes mit dem Locarnovertrag erklärte, und der beredte Appell zur Verständigung mit Deutschland, den Hitler am gleichen Tage in einem dem französischen Journalisten Bertrand de Jouvenel gewährten Interview an die Franzosen richtete<sup>34</sup>, nur ein vorbereitendes taktisches Manöver waren. Neurath hat das Gegenteil behauptet, und ihm mögen diese Verlautbarungen in der Tat als ein letzter Versuch gegolten haben, die Ratifizierung und damit auch die deutsche Aktion zu verhindern<sup>35</sup>. Ob aber auch Hitler? Merkwürdigerweise ist Jouvenels Bericht erst am 28. Februar im „Paris Midi“ veröffentlicht worden, am Tage zuvor aber hatten die Volksvertreter im Palais Bourbon mit großer Mehrheit dem Vertrag mit der Sowjetunion ihre Zustimmung gegeben. Von deutscher Seite hat man behauptet, daß einflußreiche Kreise in Paris durch Verzögerung der Bekanntgabe eine Wirkung der Warnungen und Angebote Hitlers hätten verhindern wollen; im Grunde aber ist sie der deutschen Führung als ein neues Argument, um die Gegenseite vor der öffentlichen Meinung ins Unrecht zu setzen, wohl kaum ungelegen gekommen. Zunächst geschah nach dem Beschluß der Ratifikation, die übrigens erst mit der Sanktion auch durch den Senat am 12. März wirklich vollzogen war, nichts. Neurath hat immerhin in einer Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter Dodd am 29. Februar nachdrücklich auf die

<sup>33</sup> *Shirer* S. 44: „Saturday is Hitler's day all right: the blood purge, conscription, today – all Saturday affairs“. Siehe auch *A. François-Poncet*, *Souvenirs d'une Ambassade à Berlin Septembre 1931 – Octobre 1938*, 1946, S. 251: «De nouveau, Hitler a pris sa décision en mars, et un samedi; le samedi est un jour avantageux, parce que, le dimanche, qui le suit, étant jour de congé, les mouvements de l'adversaire en sont gênés.»

<sup>34</sup> Vgl. *Weltgeschichte in Dokumenten*, III, S. 320–322; *IMT* XL, S. 506–509; *Toynbee*, *Survey*, S. 257. Über die näheren Umstände des Interviews und die Gründe der Verzögerung seiner Veröffentlichung siehe *Reynaud* S. 85/86; *O. Abetz*, *Das offene Problem, Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik*, 1951, S. 78.

<sup>35</sup> *IMT* XVI, S. 684.



Notwendigkeit der Aufhebung der Entmilitarisierung hingewiesen und im weiteren Verlauf des Gesprächs zu Dodds Überraschung als mögliche Gegenleistung die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund erwähnt, jedenfalls aber den Eindruck erweckt, daß nur ein friedliches Aushandeln erwogen werde<sup>36</sup>. Und als Hitler am 2. März den französischen Botschafter François-Poncet empfing, der im Auftrag seiner Regierung um eine nähere Erläuterung der in dem Interview Jouvenel gegenüber gemachten Ausführungen bat, erging er sich zwar in heftigen Vorwürfen und allgemeinen Tiraden, vom Rheinland aber sprach er kein Wort<sup>37</sup>. Und doch war es wohl schon am 28. entschieden, daß der nächste Samstag, der 7. März, der Tag X oder Z sein sollte. Anscheinend sind die für Entwurf und Ausstellung der nötigen Befehle zuständigen militärischen Stellen am 1. oder 2. März dazu aufgefordert worden; nur einen Nachmittag, so berichtet Manstein, habe er für die Ausarbeitung Zeit gehabt<sup>38</sup>.

Von diesen Befehlen ist uns im Wortlaut die vom 2. März datierte grundlegende Weisung Blombergs an die Oberbefehlshaber von Heer, Marine und Luftwaffe über die überraschende und gleichzeitige Verlegung von Teilen des Heeres und der Luftwaffe in Standorte der entmilitarisierten Zone bekannt<sup>39</sup>. Es sollten danach Teile vorwiegend des VI., IX. und V. Armee-korps<sup>40</sup> in ständige Standorte am Rhein und ostwärts, außerdem je ein Infanteriebataillon nach Aachen, Trier und Saarbrücken, ferner je ein Jagdgeschwader in die Gegend von Köln und Koblenz sowie Flakartillerie in die Nähe der wichtigsten Rheinübergänge verlegt werden, wobei eine erste

<sup>36</sup> Ambassador *Dodd's Diary 1933–1938*, ed. b. W. E. Dodd, Jr., and M. Dodd, 1941, S. 321/22, 329/30. Dodd war empört, daß Neurath in einer späteren Unterredung am 18. März sich an seine früheren Eröffnungen nicht mehr zu erinnern schien: "He was suave and smiling as if everything he had discussed with me February 29 had worked out according to his advice. He even denied what he told me on the former occasion, namely, that he was urging a diplomatic solution of the Rhine demilitarization matter. I suppose it is impossible to trust even the more conservative members of the government".

<sup>37</sup> *François-Poncet* S. 250. Siehe auch *Meissner* S. 409, der in den Äußerungen Hitlers ein Abrücken von den Jouvenel gegebenen versöhnlichen Erklärungen sieht.

<sup>38</sup> *IMT XX*, S. 657 – *Toynbee, Survey*, S. 260, führt übrigens in Berlin nach der Aktion kursierende Mitteilungen an, daß ursprünglich der 13. März für die Versammlung des Reichstages und den Einmarsch bestimmt gewesen sei, man dann aber auf Grund von Nachrichten aus Paris und Genf im letzten Augenblick den Termin vorverlegt habe. Siehe auch *Dodd* S. 323; *Shirer* S. 39.

<sup>39</sup> *IMT XXXIV*, S. 645–647. Siehe auch *Hollmack* S. 282/83.

<sup>40</sup> Es handelt sich um die Generalkommandos in Münster, Kassel und Stuttgart. Siehe *Mueller-Hillebrand* S. 131; *Benoist-Méchin*, *Histoire de l'Armée Allemande*, II, *De la Reichswehr à l'Armée Nationale (1919–1938)*, 1938, S. 605.

Staffel am Z-Tage 12 Uhr, die zweite 24 Stunden später an Ort und Stelle einzutreffen hatten. Um, wie es hieß, den friedensmäßigen Charakter der Aktion zu wahren, waren militärische Sicherungs- und Vorausmaßnahmen ohne ausdrücklichen Befehl nicht zu treffen. Späterer Entscheidung blieb es auch vorbehalten, was geschehen sollte, falls die übrigen Signatarmächte des Locarnopaktes den Marsch der deutschen Truppen mit militärischen Vorbereitungen beantworten sollten, doch war hier immerhin gesagt, daß im Falle feindlicher Grenzverletzungen in offensiver Absicht den Aufmarsch- und Kampfانweisungen entsprechend zu verfahren sei. Daß man eine solche Entwicklung natürlich keineswegs wünschte, zeigen die uns gleichfalls vorliegenden Anweisungen Blombergs an den Oberbefehlshaber der Marine und die darauf am 6. März erlassenen Befehle des Admirals Raeder<sup>41</sup>. Da war gefordert, daß man sich zwar gedanklich auf etwa erforderliche Sicherungsmaßnahmen einzustellen, nach außen aber alles zu unterbleiben habe, was auf eine militärische Vorbereitung für einen Konfliktfall hindeuten würde, und es wurde gewarnt, durch Feiern oder eine zur Schau getragene Kriegsbegeisterung dem Ausland ein falsches Bild von den Absichten des Führers zu übermitteln und dadurch die friedliche Absicht zu erschweren. Im übrigen war die Überführung von U-Booten von Kiel nach Wilhelmshaven angeordnet, die Entscheidung über das Auslegen einer U-Boot-Aufklärungslinie aber vorbehalten und für die Luftaufklärung ein Überschreiten der Linie Texel–Doggerbank erst vom zweiten Tage mittags an gestattet. Schon an dieser Stelle sei vermerkt, daß die Vorbereitungen wie dann auch die Aktion am 7. März in militärischer Beziehung planmäßig durchgeführt wurden. Insgesamt scheinen rund 30 000 Mann in Bewegung gesetzt worden zu sein, wozu ein Eisenbahntransport von etwa 90 Zügen notwendig war<sup>42</sup>. Bis zu den Bataillons- und Artillerieabteilungskommandeuren aufwärts hat man in der Truppe bis zum Morgen des Einmarschs an eine Übung oder einen Probealarm geglaubt<sup>43</sup>.

<sup>41</sup> *IMT* XXXIV, S. 780–782.

<sup>42</sup> Die Zahl von 19 Bataillonen und 13 Artillerieabteilungen mit insgesamt 30 000 Mann findet sich übereinstimmend bei *Benoist-Méchin* S. 644 und *Meissner* S. 410. *Toynbee*, *Survey*, S. 262, nennt die gleiche Anzahl von Bataillonen und Abteilungen, die er aber auf ungefähr 35 000 Mann schätzt. Nach der Aussage Jodls in Nürnberg, *IMT* XV, S. 387, wurde das Rheinland im ganzen mit rund einer Division besetzt, von der je ein Bataillon nach Aachen, Trier und Saarbrücken vorgeschoben wurde. Von der Transportbewegung von etwa 90 Zügen spricht *Hofsbach* S. 97. Zur Beteiligung der Landespolizei siehe *Castellan* S. 377.

<sup>43</sup> Vgl. *B. v. Lossberg*, Im Wehrmachtsführungsstab, Bericht eines Generalstabsoffiziers, 1949, S. 11.

Doch zurück nach Berlin! Daß seit der Festlegung des Termins in den eingeweihten Kreisen, Hitler eingeschlossen, eine nicht geringe Aufregung bestand, wird uns von den verschiedensten Seiten bezeugt <sup>44</sup>. Schon bei jenem Empfang des französischen Botschafters am 2. März fielen diesem die ungewöhnliche Nervosität, Unruhe und Ungeduld Hitlers auf <sup>45</sup>. Am 5. und 6. März stellten dann die in Berlin sich aufhaltenden fremden Beobachter durchweg eine Erregung bei ihren deutschen Gesprächspartnern fest, die auf ein unmittelbar bevorstehendes bedeutendes Ereignis hinwies. Den 6. März bezeichnet der amerikanische Journalist Shirer in seinem Tagebuch als einen Tag der wildesten Gerüchte, während der Botschafter Dodd von häufigen Beratungen des Diktators mit seinen Getreuen und einer allgemeinen beträchtlichen Aufregung berichtet <sup>46</sup>. Sie wuchs, als bekannt wurde, daß der Reichstag für den Mittag des nächsten Tages einberufen und die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens, also der am Locarnovertrag beteiligten Mächte, für den Vormittag in das Auswärtige Amt geladen seien. Noch scheint erstaunlicherweise der Pressechef in der Wilhelmstraße, Dr. Aschmann, auf eine Anfrage Shirers die Absicht eines Einmarsches in die entmilitarisierte Zone mit der Bemerkung dementiert zu haben, daß dies doch den Krieg bedeuten würde. Der folgende Tag, der 7. März, zerstörte indessen alle Illusionen über die deutschen Absichten. Das Memorandum, das Neurath um 10 Uhr den Botschaftern übergab, teilte unter Berufung auf die Verletzung von Locarno durch den französisch-russischen Pakt den im Gang befindlichen Einmarsch mit und entwickelte zugleich das Programm für eine neue Verständigung: Bildung einer entmilitarisierten Zone auf beiden Seiten, Nichtangriffspakt mit Frankreich, Belgien und eventuell auch Holland, Luftpakt und endlich Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund, da Deutschland nach Erreichung seiner Gleichberechtigung und Wiederherstellung seiner vollen Souveränität über das gesamte Reichsgebiet den Hauptgrund für seinen seinerzeitigen Austritt als behoben betrachte <sup>47</sup>. Um 12 Uhr folgte in der Krolloper die Rede Hitlers, die eine wortreiche Rechtfertigung der Aktion mit Beteuerungen der deutschen Entschlossenheit zur Wahrung des Friedens verband und mit der Verkündigung der Auflösung des Reichstags und der Festsetzung der Neuwahlen auf den 29. März

<sup>44</sup> *Dodd* S. 320, 323; *Shirer* S. 39/40.

<sup>45</sup> *François-Poncet* S. 250: « Il a le teint plus animé, les yeux plus brillants que d'habitude; il est nerveux, agité, troublé; il a l'air fort impatient et fort mécontent ».

<sup>46</sup> Nach *Toynbee*, *Survey*, S. 258, hat am 6. März eine Beratung Hitlers mit führenden Regierungsmitgliedern und Spitzen der Wehrmacht stattgefunden.

<sup>47</sup> *Weltgeschichte in Dokumenten* III, S. 332–336; *Rühle* S. 123–127.